

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 8 86 846 pbbn  
Telefax: (0228) 9 15 20-12

## Inhalt

Prof. Dr. Uwe Jens sagt, was hinter den vorgetäuschten Aktivitäten des Bundeswirtschaftsministers und seiner tatsächlichen Untätigkeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steckt.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB, stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, spricht sich für eine ökologische Offensive der Europäischen Union aus.

Seite 2

Keine guten Aussichten für den Wohnungsbau sieht Otto Reschke MdB, stellvertretender Vorsitzender des Bauausschusses des Deutschen Bundestages: Bonn kürzt und kürzt.

Seite 6

**Neue Adresse ab 1.1.1994**  
Schumannstr. 2b  
53113 Bonn  
Postfach 190167  
53037 Bonn

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Prosehaus I/217, 53113 Bonn  
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

49. Jahrgang / 1

3. Januar 1994

### Minister in der Zwickmühle

1994: Arbeitslosigkeit wird steigen - ein gefährliches Jahr für Deutschland

Von Prof. Dr. Uwe Jens MdB  
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Nun will der Bundeswirtschaftsminister mit allen relevanten Gruppen in Bonn über die Wirtschaftsprobleme des Standortes Deutschland reden. Er will der Opposition ein wenig den Wind aus den Segeln nehmen. Nur - das Entscheidende einer "Konzertierten Aktion" ist nicht das Reden, sondern die Aktion. Doch gerade wenn's ums Handeln geht, ist von diesem Minister bekanntlich nichts zu erwarten; denn Wirtschaft wird ja für ihn in der Wirtschaft gemacht.

Der Bundesminister der Wirtschaft sitzt in der Zwickmühle. Die Wirtschaftsverbände malen die Entwicklung für das kommende Jahr grau in grau. Sie können keine positive Entwicklung gebrauchen, wenn weitere Arbeitskräfte "freigesetzt" werden, wenn das Lohnniveau bei den Tarifverhandlungen real gesenkt werden soll. Rexrodt muß jedoch jetzt beginnen; er muß Zeichen setzen und vom Aufschwung faheln, wenn er bis Oktober 1994 einigen Menschen beigebracht haben will, daß es bergauf geht.

Bergauf geht es auch im kommenden Jahr, vor allem mit der Arbeitslosigkeit. Daneben wird es selbstverständlich gegenüber dem Tiefstand von 1993 bei Export und privaten Investitionen verschiedener Art Zuwächse geben, die jedoch nicht einmal den bisherigen Einbruch ausgleichen. Wenn wir eine gefährliche Entwicklung vermeiden wollen, ist es an der Zeit, die Weichen neu zu stellen. Wir müssen beim privaten und öffentlichen Konsum sparen und Investitionen und Innovationen auf breiter Basis fördern. Dazu gehören unter anderem:

- ein nationaler Beschäftigungspakt mit einem mittelfristigen Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung und einer deutlichen Zinssenkung durch die Bundesbank;
- eine moderne Arbeitsmarktpolitik, bei der AB-Maßnahmen, Umschulung, Fort- und Weiterbildung - kurz: aktive Arbeitsmarktpolitik - nicht mehr durch Beiträge der Versicherten finanziert werden. Zu dieser aktiven Arbeitsmarktpolitik gehören ein berufsbegleitendes Ausbildungs- und Qualifizierungssystem und die Förderung der Teilzeitarbeit;



- eine Steuerreform, die zum einen reinvestierte Gewinne begünstigt und Unternehmerverbrauch belastet, und die zum anderen umweltbelastenden Energie- und Materialverbrauch verteuert und im Gegenzug vor allem die Lohnnebenkosten senkt;
- eine Innovationsoffensive für langfristig gesamtwirtschaftlich wichtige Bereiche wie Umweltschutz, Energieeinsparung, Verkehrswesen, Kommunikation und Materialwirtschaft unter anderem durch eine befristete Investitionszulage oder zinsverbürgte Kreditprogramme. Die Technologieförderung sollte zu einer marktorientierten Innovationsförderung ausgebaut werden, die auch Markteinführungshilfen umfaßt;
- eine innovationsorientierte Mittelstandsförderung zum Beispiel durch Bereitstellung von Beteiligungs- und Risikokapital, durch eigenkapitalähnliche Darlehen und durch eine wirksame Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen. Maßnahmen, die vor allem auch den neuen Bundesländern zugute kommen;
- eine Reform der Bundesverwaltung zum Beispiel durch Abbau von Hierarchien, Einführung leistungsgerechter Entlohnungsstrukturen, bürgerorientierter Arbeitsformen und einer Verbesserung des Kostenbewußtseins. Hierdurch müßten die Personalkosten des Bundes in fünf Jahren um zehn Prozent gesenkt werden können.

Durch eine derartige, grundlegend neue Politik zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wird es möglich sein, die ständige Vernichtung von Arbeitsplätzen zu stoppen und in einem mittelfristigen Zeitraum Millionen neuer Arbeitsplätze zu schaffen.

(-/3. Januar 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Europa braucht eine ökologische Offensive**

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

**Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und  
Reaktorsicherheit**

Mit der Einführung des Binnenmarktes hat die Europäische Gemeinschaft einen wichtigen Schritt zur Schaffung einer Wirtschaftsunion vollzogen. Dies liegt im Interesse aller Mitgliedsländer, auch der Bundesrepublik Deutschland. Der große gemeinsame Markt mit 340 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern dient nicht zuletzt der Sicherung von Arbeitsplätzen; mehr als 80% der bundesdeutschen Exporte gehen in die europäischen Nachbarländer.

Der Binnenmarkt ist jedoch, entsprechend der Grundkonzeption der EG-Kommission, ausschließlich auf quantitatives Wachstum angelegt. Erklärte Ziele sind der uneingeschränkte Wettbewerb, die Beseitigung aller Handelshemmnisse, die volle Deregulierung der Verkehrs- und Energiemärkte und betriebswirtschaftliche Kostensenkungen durch Massenproduktion. Die sozialen und ökologischen Folgekosten bleiben dagegen ausgeklammert und werden auf die Allgemeinheit abgewälzt. Das Wort Ökologie kommt im Weißbuch der Kommission von 1985 und im Cecchini-Bericht von 1988 ("Die Vorteile des Binnenmarktes") überhaupt nicht vor.

Daß aber mehr Produktion und mehr Absatz zwangsläufig auch mehr Verkehr, mehr Abfall, mehr Flächenverbrauch und mehr Umweltverschmutzung mit sich bringen, liegt auf der Hand.

Allain durch die Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft, durch die zunehmende EG-weite Arbeitsteilung und Spezialisierung der Produktion werden z.B. gewaltige neue Transportaufkommen erzeugt mit allen negativen Auswirkungen der Verkehrsüberflutung, der Lärmbelastung, der Schadstoffemissionen und der Flächenversiegelung.

Die Prognosen sagen einen Zuwachs des grenzüberschreitenden Straßengütertransports um 193% bis zum Jahre 2010 voraus und insgesamt eine Steigerung der klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Verkehr um 48%, selbst bei reduziertem Treibstoffverbrauch pro Fahrzeug. Eine solche Entwicklung stünde im krassen Gegensatz zu den Anforderungen des Klimaschutzes, und sie stünde ebenso im Widerspruch zum Maastrichter Vertrag, der im Artikel 100a ausdrücklich ein "hohes Schutzniveau im Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz" garantiert.

#### Projekt Binnenmarkt und Umweltunion

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Mai dieses Jahres ein Projekt **Binnenmarkt und Umweltunion** beschlossen, das folgende Aufgaben hat:

- 1.) Die umweltpolitischen Auswirkungen des Binnenmarktes zu untersuchen, Defizite aufzuzeigen und Handlungsvorschläge zu machen,
- 2.) die Grundstrukturen des europäischen Wachstumsmodells zu analysieren und mögliche Wege zum Einstieg in eine nachhaltige Entwicklung darzustellen,
- 3.) in ausgewählten Politikfeldern Rahmenkonzepte für einen ökologischen Strukturwandel zu erarbeiten, zum Beispiel in den Bereichen Verkehrspolitik, Agrarpolitik, Energiepolitik oder Abfallwirtschaft.

Das **Arbeitsprogramm** für das Projekt sieht sowohl parlamentarische Initiativen auf Bundesebene als auch Regionalkonferenzen in den Bundesländern sowie Fachtagungen auf europäischer Ebene mit Mitgliedern des Europäischen Parlamentes und der EG-Kommission vor. Damit soll eine breite öffentliche Diskussion angestoßen und ein Reformbündnis für eine ökologische Erneuerung angestrebt werden.

Im einzelnen sind u.a. folgende Initiativen geplant bzw. bereits durchgeführt:

- **3 Anhörungen** zu den umweltpolitischen Konsequenzen des Binnenmarktes, wobei auch Einzelprobleme wie die Folgen des Wegfalls der Grenzkontrollen für Tiertransporte, Gefahrguttransporte und den Handel mit geschützten Arten untersucht wurden; eine 4. Anhörung ist zum Thema EG-Strukturfonds vorgesehen,
- **4 Regionalkonferenzen** zu den Themen: Integrierte europäische Verkehrsnetze, umweltverträgliche Landwirtschaft, Naturschutz in Europa
- **Einbringung von Anträgen** (z.B. zu Einschränkung der Tiertransporte und für eine ökologisch verträgliche Energieversorgung in der EG) und Großen Anfragen (z.B. zum Thema "Klimaschutz in Europa".

Ein Forum "Europa 2000 - Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung" (April 1994) soll die Grundsatzfrage nach einer Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch erörtern.

Als **Fazit** bisheriger Aktivitäten zeigt sich:

- a) es gibt erhebliche Regelungsdefizite im Umwelt- und Verbraucherschutz; so sind etwa für die weggefallenen Grenzkontrollen noch keinerlei adäquate nationale Kontrollsysteme aufgebaut, im Lebensmittelrecht fehlen Regelungen für die Kennzeichnung bestrahlter oder gentechnisch veränderter Produkte
- b) es gibt ferner eine deutliche Tendenz zur Aufweichung von Umweltstandards, so etwa bei der EG-Trinkwasserrichtlinie oder bei der Abfalldeponierichtlinie, die wieder eine gemischte Ablagerung (co-disposal) von Hausmüll und Industrieabfällen zulassen will. In diese Kategorie gehört auch der Versuch Frankreichs, durch ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof das in Deutschland geltende Verbot des Holzschutzmittels PCP wieder aufzuheben, oder das Bestreben, das wassergefährdende Pflanzenschutzmittel Atrazin wieder zuzulassen.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, für die Erreichung bzw. Beibehaltung EG-einheitlicher hoher Umweltschutzstandards einzutreten. Es darf keinen umweltpolitischen Rückmarsch in Europa geben. Im Gegenteil: **Europa braucht eine ökologische Offensive.**

### Chance in der Krise

Europa steht an einem Scheideweg: Entweder durch Fortschreibung alter Entwicklungsmuster eine Vervielfachung der Umweltschäden in Kauf zu nehmen, die letztlich nicht mehr reparabel und auch nicht mehr bezahlbar sind, oder aber eine grundlegende Reform der Strukturen der Industriegesellschaft einzuleiten. Ziele müssen dabei sein:

- Schließung von Stoffkreisläufen und weniger Ressourcenverbrauch
- verstärkter Einsatz energiesparender Techniken
- längere Lebensdauer und Wiederverwertbarkeit der Produkte
- Verminderung des Transportaufkommens
- dezentrale Versorgungsstrukturen, insbesondere bei Grundnahrungsmitteln.

Das 5. Umweltaktionsprogramm der EG für eine nachhaltige Entwicklung (1992) weist den richtigen Weg, indem es fordert, daß die Ökologie ein "integraler Bestandteil der anderen Politikfelder" (Industriepolitik, Landwirtschaft, Tourismus, Verkehr etc.) sein müsse.

In einem Antrag (12/4769) fordert die SPD deshalb u.a.

- bei der Weiterentwicklung von Maastricht den Umweltschutz als Gemeinschaftsziel in den Verträgen zu verankern
- in den Normungsgremien auf EG-Ebene außer den betroffenen Wirtschaftskreisen auch eine Beteiligung der Umwelt- und Verbraucherverbände vorzusehen
- einen Umweltausschuß bei der EG-Kommission einzurichten.

Ein Prüfstein für die künftige strukturelle Entwicklung Europas werden die **EG-Strukturfonds** sein. Nach der Verdoppelung der Finanzmittel machen sie inzwischen ein Drittel des gesamten EG-Haushalts aus (35 Mrd. ECU). Sie spielen bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in den 12 Mitgliedstaaten eine entscheidende Rolle. Der Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes übt scharfe Kritik am Einsatz der Strukturfondsmittel in den Mitgliedstaaten:

1. die Verwendung der Gelder verstößt häufig gegen EG-Umweltrecht; z.B. gegen die EG-Vogelschutzrichtlinie
2. viel zu häufig werden Straßenbauprojekte (80 % des Regionalfonds EFRE gehen in den Straßenbau!) und umweltzerstörende Großprojekte gefördert, wie z.B. das Staudamm-Projekt am Nestos in Griechenland oder die Anlage von 500.000 ha Eukalyptusplantagen in Spanien und Portugal.

Die fünf neuen Bundesländer erhalten im Zeitraum 1994 - 1999 rund 27,5 Mrd. DM aus Strukturfondsmitteln von der EG. Aber nach den vom Bundeswirtschaftsminister zu verantwortenden Ausführungsbestimmungen werden damit in Ostdeutschland wegen der nationalen Kofinanzierung keine Trinkwasser- und Abwasserentsorgungsanlagen im nichtgewerblichen Bereich und auch keine Bodensanierungen bezuschußt, sondern nur sogenannte Investivprojekte, wie z.B. Ausweisung von Gewerbegebieten auf der grünen Wiese.

Überholtes Planungs- und Wachstumsdenken verhindert damit den Aufbau umweltverträglicher Strukturen.

**Arbeitsplätze durch ökologischen Strukturwandel - die Europäische Beschäftigungsinitiative**

Wir brauchen ein starkes und handlungsfähiges Europa, politisch und wirtschaftlich. In der jetzigen Krise liegt auch eine Chance zum Wandel.

"In das ökologische Überleben investieren" - fordert der Bericht an die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Parteien Europas zur Europäischen Beschäftigungsinitiative. Darin werden die hohe Arbeitslosigkeit und die Bedrohung der Umwelt als größte Herausforderung Europas bezeichnet. Drei Vorschläge weisen in die richtige Richtung:

1. Ausweitung des Markts für Umweltechnologien, für die eine Steigerung um 50 % bis zum Jahr 2000 vorausgesagt wird
2. Erhöhung der Forschungsmittel (auf jetzt 13 Mrd. ECU) mit vorrangiger Berücksichtigung "sauberer Technologien"
3. Befürwortung einer Steuerreform, die den Faktor Arbeit entlastet und den Umweltverbrauch belastet, d.h. teurer macht. Eines der Instrumente dafür ist die von der Kommission vorgeschlagene Einführung einer EG-weiten CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer.

Daraus ergeben sich positive Beschäftigungseffekte und ebenso Anreize für umweltfreundliche Produktion. Allein ein EG-weites umfassendes Wärmeschutz- und Energiesparprogramm könnte, nach Schätzungen, über 3 Mio Arbeitsplätze für 10 Jahre sicherstellen. Damit würden zwei Ziele gleichzeitig erreicht: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von heute 18 Mio Menschen und Fortschritte beim Klimaschutz im Sinne der Konvention von Rio. Gleiches gilt für den Aufbau einer Recyclingwirtschaft oder den Bau eines europäischen Schnellbahnnetzes.

Wirtschaftsunion und Umweltunion müssen zwei Seiten derselben Medaille sein. Bleibt es beim alten Entwicklungsmodell und beim Versuch, angerichtete Umweltschäden nachträglich zu reparieren, so werden die Umweltkosten ein Vielfaches dessen betragen, was rechtzeitige Umweltvorsorge erfordert hätte. Schafft die Europäische Gemeinschaft eine Kursänderung zu nachhaltigen Wirtschafts- und Konsumformen, so kann sie ein Beispiel für alle Industrieländer geben. Der Schlüssel dazu liegt aber bei den einzelnen Nationalstaaten, nicht in Brüssel.

(-/3. Januar 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

**Düstere Aussichten für den Wohnungsbau**  
**Ein Wechsel in der Bonner Wohnungspolitik ist dringend erforderlich**

**Von Otto Reacke MdB**

**Stellvertretender Vorsitzender des Bauausschusses des Deutschen Bundestages**

Im zu Ende gegangenen Jahr wurden voraussichtlich circa 430.000 Wohnungen errichtet. Ein Ergebnis, welches im Vergleich zu den Baufertigstellungszahlen der letzten Jahre als sehr erfreulich zu bezeichnen ist. Damit dürften 1993 fast so viele Wohnungen gebaut worden sein wie zuletzt 1975 mit 437.000 Wohnungen und mehr als doppelt so viele wie im Jahr 1988, dem Jahr mit dem niedrigsten Ergebnis nach dem Krieg (208.000) Wohnungen.

Es profitierte vor allem der Mehrgeschoßbau und die Schaffung von Wohnraum durch Ausbaumaßnahmen in vorhandenen Gebäuden. Dagegen hat der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern trotz Schuldzinseszug und steuerlicher Abschreibungsmöglichkeiten nur unterdurchschnittlich zugenommen. Mit voraussichtlich nur knapp 160.000 fertiggestellten Wohnungen im laufenden Jahr liegen die Zahlen hier deutlich unter dem Niveau Ende der 70er Jahre, Anfang der 80er Jahre, als weit über 200.000 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern gebaut worden sind. Die Wohneigentumsquote sinkt damit weiter ab und ist von der gewünschten 50-Prozent-Quote mit unter 39 Prozent weit entfernt.

Wir werden uns jedoch auf den Fertigstellungszahlen dieses Jahres nicht ausruhen können. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage klappte in den letzten Jahren erschreckend weit auseinander, bedingt durch die niedrigen Fertigstellungen der letzten Jahre. Es gilt bereits jetzt einen Wohnungsmangel von 2,5 bis drei Millionen Wohnungen zu decken, hinzu kommt, daß wir mit einer Bevölkerungszunahme von circa vier Millionen Menschen bis zum Jahr 2000 rechnen müssen. Erschwert wird die Wohnraumversorgung dadurch, daß insbesondere der Mangel an preiswerten Wohnungen enorm hoch ist und gleichzeitig immer mehr preisgünstiger Wohnraum wegfällt, sei es durch Auslaufen von Sozialbindungen, Luxusmodernisierung, Zweckentfremdung, Zusammenlegung und Abriß und gleichzeitig immer weniger Sozialwohnungen gebaut werden.

Zur krassesten Form der Wohnungsnot kommt es in vielen Ballungsgebieten, wo eine steigende Obdachlosigkeit zu verzeichnen ist und eine zunehmende Zahl von Menschen in Notunterkünften untergebracht werden muß.

Wir brauchen deshalb für die nächsten Jahre noch eine Steigerung der Bautätigkeit zumindest aber eine Verstetigung der Baufertigstellung.

Prognosen hierzu sehen allerdings düster aus. Die Bundesregierung hat bereits Kürzungen bei der Wohnungsbauförderung und beim Wohngeld beschlossen.

Von einer Verstetigung oder gar einem Ausbau des sozialen Wohnungsbaus kann somit keine Rede sein, im Gegenteil: Ein Blick in den Haushalt genügt, um festzustellen, daß der Gesamtförderrahmen für den sozialen Wohnungsbau in den kommenden Jahren kontinuierlich von 3,95 Milliarden DM in 1993 und 3,46 Milliarden DM in 1994 und auf 2,76 Milliarden DM in den Folgejahren heruntergefahren wird. Auch die von der Bundesregierung geplante Kürzung der Mittel für Wohngeld um circa 100 Millionen DM im kommenden Jahr ist sozialpolitisch nicht zu verantworten. Die Kappung der Eigentumsförderung bei Gebrauchtimmobilen wird vom Finanzminister eingestrichen, anstatt die Förderung effektiver zu gestalten.

Wenn die Bundesregierung schon am falschen Ende kürzt und die eingesparten Mittel nur zur Stöpfung der zahlreichen Haushaltslöcher zweckentfremdet, dann sollte sie aber die verbleibenden Mittel sinnvoll einsetzen.

Die SPD hat dem Deutschen Bundestag einen Antrag "Für einen Wechsel in der Wohnungspolitik" vorgelegt und ist gespannt, was die Koalition nach der Verweigerungshaltung 1993 im Jahr 1994 machen wird.

(-/3. Januar 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*